



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/252 - 4. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 88
Fernschreiber 0886890

Einweise
auf den Inhalt:

W. Mellies MdB: Der stellvertretende Vorsitzende in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.	S. 1
Sputnik Nr. 2	S. 4
Zum Sturz Schakows	S. 5
Was tut sich in Berlin?	S. 7
Das Handwerk und Adenauers Regierungserklärung	S. 9

Der stellvertretende Vorsitzende in der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Gleichzeitig ein Wort in eigener Sache
von W. Mellies

Nach der Entscheidung der Bundestagsfraktion über ihre stellvertretenden Vorsitzenden ist es mir bei den dadurch geschaffenen Tatsachen nicht möglich, mich auf dem nächsten Parteitag zur Wahl zu stellen. Diese Erklärung entspringt keiner Verärgerung. Ich darf mit gutem Gewissen sagen, dass ich mich niemals zu einer Position in der Partei gedrängt habe, sondern immer geholt worden bin. Ebenso habe ich es immer als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, dass die von den zuständigen Gremien gefällten Entscheidungen zu respektieren sind. Die von mir in den letzten Tagen veröffentlichten Artikel sind ebenfalls nicht der Versuch einer nachträglichen Rechtfertigung. Diese Artikel waren geschrieben, bevor die Entscheidung in der Fraktion fiel. Sie wären ohne Rücksicht auf diese Entscheidung auf jeden Fall veröffentlicht worden. Ich wollte aber durch eine Veröffentlichung vor der Entscheidung nicht den Eindruck erwecken, dass es sich um eine "Kandidaten-Schreibe" handle. Mir lag auch daran, dass die sachlichen Gesichtspunkte für die Parteidiskussion nicht entwertet würden.

Es geht bei dieser Stellungnahme um die Frage, ob man in der Person des Vorsitzenden der Partei die Personal-Union in Partei und Fraktion bejaht, bei dem Stellvertreter aber davon abweicht. Es war seit vielen Jahren ungeschriebenes Gesetz in der Sozialdemokratischen Partei - 2 -

Deutschlands, dass der Stellvertreter des Vorsitzenden in der Partei auch gleichzeitig Stellvertreter im Vorsitz der Bundestagsfraktion war. Dieses ungeschriebene Gesetz hatte seinen Grund in den sachlichen Notwendigkeiten, die nach meiner Auffassung auch heute noch bestehen und die man nicht ohne grosse Gefahren und Schwierigkeiten übersehen kann.

Gleich nach meiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei im Jahre 1952 wurde die Frage erörtert, ob die Stellvertretung in der Partei auch gleichzeitig die Stellvertretung in der Fraktion einschliessen müsse. Man wollte dem neuen stellvertretenden Vorsitzenden die Aufgabe zuweisen, eine Reorganisation der Partei vorzunehmen, unliebsame Persönlichkeiten zu entfernen, usw. Aber - wie schon in den vorigen Artikeln hervorgehoben - niemand dachte daran, die notwendigen Voraussetzungen im Organisationsstatut für eine solche Aufgabe zu schaffen.

Ich habe mich vom ersten Augenblick an gegen eine Trennung der Stellvertretung gewehrt. Der Stellvertreter des Vorsitzenden erfüllt ja, abgesehen von der sonstigen Geschäftsverteilung, seine eigentliche Aufgabe immer dann, wenn der Vorsitzende nicht anwesend ist. Gerade dann ist die Personalunion dringend erforderlich. In den vergangenen Jahren war der Parteivorsitzende bei wichtigen politischen Vorgängen nicht im Lande. Es war dann Aufgabe des Stellvertreters, die notwendigen Stellungnahmen abzugeben und die Beratung in den zuständigen Gremien zu veranlassen. Ich darf als Beispiel nur drei solche politische Vorgänge anführen: Das Verbot der KP, die Krise am Suez-Kanal und in Ungarn und die Torpedierung des Atomgesetzes durch den Bundeskanzler. In solchen Fällen müssen für Partei und Bundestagsfraktion einheitliche Stellungnahmen abgegeben werden. Es wäre unheilvoll und schädlich, wenn in einem solchen Augenblick verschiedene Stellvertreter in Partei und Fraktion vorhanden wären, die sich nicht einigen könnten, oder wenn gar verschiedene Stellungnahmen abgegeben würden.

Koch entscheidender ist diese Frage der Personalunion bei einer

4. November 1957

- 3 -

sozialdemokratischen Regierung oder Regierungsbeteiligung, Dann muss diese Regierungspolitik durch Partei und Bundestagsfraktion draussen im Lande gemeinsam vertreten werden. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende würde Regierungschef sein. Es würden schwere politische Folgen eintreten, wenn dann zwischen dem Stellvertreter des Vorsitzenden in der Partei und dem Stellvertreter des Vorsitzenden in der Fraktion erhebliche Meinungsverschiedenheiten auftauchen würden und Partei und Bundestagsfraktion auf diese Weise in eine gegenseitige Fehde kämen.

Partei und Bundestagsfraktion müssen immer wissen, dass bei Abgabe von politischen Erklärungen durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter für die Partei und für die Bundestagsfraktion gleichzeitig gesprochen wird.

Deshalb sollte es nach meiner Meinung auch weiter ungeschriebenes Gesetz in der Partei sein, dass die Personalunion im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion auch beim Stellvertreter des Vorsitzenden gegeben ist. Für eine andere Lösung könnte ich mich jedenfalls nicht zur Verfügung stellen.

Falls in meiner Person eine Schwierigkeit für die Vereinigung dieser beiden Ämter in einer Hand gesehen wurde, ist sie nunmehr beseitigt. Ich hoffe, dass bei ruhiger Betrachtung durch die Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden in der Partei auch diese Frage im bisherigen Sinne wieder gelöst wird. Ungeschriebenes Gesetz müsste es dann allerdings auch sein, dass der Stellvertreter des Vorsitzenden in Partei und Fraktion im Falle einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung kein Ministersamt übernimmt.

Im übrigen bin ich der Auffassung, die hoffentlich noch nicht veraltet ist und im Interesse der Sache auch nicht veralten wird, dass Stellvertreter immer Stellvertreter sein müssen.

+ - +

- 4 -

Realitäten erkennen!

sp- Jetzt kreist also Sputnik Nr. 2 um unsere alte Erde. Die Russen hatten seinen Start angekündigt und deshalb ist die Überraschung natürlich nicht so gross, wie beim Start seines kleinen Bruders.

Könnte man dieses Ereignis unabhängig von der weltpolitischen Situation würdigen, dann wäre sicher auch der Westen voll des Lobes über die Leistung der russischen Techniker und Wissenschaftler. Nun leben wir aber in einer Zeit, in der wir uns daran gewöhnt haben, alle Ergebnisse unter dem Aspekt militärischer Möglichkeiten zu sehen. Was früher einmal ein grosses wissenschaftliches Ereignis war, wirft heute gleich die Frage auf, welche militärischen Konsequenzen es mit sich bringt.

Beim Start des Sputnik Nr. 1 drohte ein Teil der Welt in Hysterie zu verfallen. Man sah plötzlich nur noch die Gefahr des Bolschewismus im Quadrat, stärkte aber sofort seinen Mut, indem man sich gegenseitig versicherte, man werde in Kürze auch einen Sputnik in das Weltall schicken. Beim Start des Sputnik Nr. 2 wird man dieses Spiel sicher weitertreiben; wahrscheinlich bald mit dem Erfolg, dass man auch einen Sputnik kreisen lassen kann.

Hysterie ist ein schlechter Ratgeber. Diese Krankheit lässt besonders im vorliegenden Fall vergessen, dass man jahrelang die Leistungen der Russen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet unterschätzt hat. Sie führt zu politischen und vielleicht sogar militärischen Kurzschlüssen, die der ganzen Welt teuer zu stehen kommen können.

Psychoanalytiker pflegen in Fällen von Hysterie zu versuchen, dem Kranken begreiflich zu machen, dass seine Vorstellungswelt nicht den Realitäten entspricht. Wie wäre es, wenn die Politiker und Staatsmänner der Welt die gleiche Therapie anwenden würden? Die Sowjet-Union ist nun einmal - ob uns das gefällt oder nicht - zu einer Weltmacht geworden. Ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Daseinsform ist eine weltpolitische Realität. Dies zu negieren, kann zu gewaltigen Irrtümern und demzufolge zu politischen Kurzschlüssen führen.

Führt man fort, das Rezept des "Hau's Du mich - Hau ich Dich" anzuwenden, wird man keine Lösung für die gegenwärtige Verkrampfung finden. Vielleicht gibt der Start des Sputnik Nr. 2 den Mächtigen dieser Welt den guten Gedanken ein, die Hysterie aus der Politik mit der Therapie des "Realitäten erkennen!" zu verdammen.

Das Primat des Politischen

sp- Der Mann, mit dessen Name sich die Entstalinisierung verbindet, Charuschtschow, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, hat wiederum einen erstaunlichen Beweis für seine Fähigkeit geliefert, mit seinen Gegnern mit stalinistischen Methoden fertig zu werden.

Über den vierfachen, mit unzähligen Orden ausgezeichneten Helden der Sowjetunion, dem nun gestürzten Marschall Schukow, ergiesst sich nun der Zorn des Zentralkomitees; Freunde und Kampfgefährten beeilen sich, um dem in der Versenkung Verschwundenen zu beschneigen, sein Teil an dem für die Sowjetunion so erfolgreichen Ausgang des zweiten Weltkrieges sei überhaupt nicht entscheidend gewesen, er habe in seiner Tätigkeit viele grobe Fehler und Missgriffe begangen und überhaupt sei er, als damaliger Generalstabschef für die entsetzlichen Verluste in der ersten Phase des zweiten Weltkrieges verantwortlich, da er es versäumt, die Kampfbereitschaft der sowjetischen Streitkräfte auf der Höhe zu halten. Ein zweiter nicht minder schwerwiegender Vorwurf gegen den Eroberer von Berlin, so heisst es in der Entschliessung des Zentralkomitees, sei seine Neigung "zum Abenteuerertum sowohl im Begreifen der wichtigsten Aufgaben der Aussenpolitik der UdSSR als auch in der Leitung des Ministeriums für Verteidigung. Das umfangreiche Sündenregister umschliesst solche Todsünde wie die Verletzung der Leninistischen Parteiprinzipien in der Führung der Streitkräfte, ein mangelndes Verständnis für die Rolle der Partei in der Schulung und Zielsetzung der Armee und die Pflege eines um Schukow sich ausbreitenden Personenkultes mit Hilfe von Schmeichlern und Speichelleckern

Man sieht, all diese Injurien könnten auch aus Stalins Zeiten stammen; sie weisen eine verzweifelte Ähnlichkeit der Methoden auf, mit denen Stalin mit seinen Widersachern umging - freilich mit dem bemerkenswerten Unterschied, dass hier der moralischer Diffamierung nicht die physische Liquidierung folgt. Mit Ausnahme von Beria, dem unter Stalin allmächtigen Chef der Polizei, erfreuen sich alle gestürzten Grösser des Kreml, wie Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und nun Schukow ihres Lebens. Man hat sogar noch für sie Posten übrig. Wird Schukow irgendwo als kleiner Kommandeur in einer weit von Moskau gelegenen Teil der Sowjetunion nun das Ende seiner Tage verbringen?

In seiner grossen, den ganzen Ostblock erschütternden Abrechnung

am 20. Kongress der russischen Bolschewiken beschuldigte Chruschtschow den toten Diktator, er habe zahlreiche Kommandeure, die so viel zum Siege über den Feind beigetragen hatten, verächtlich behandelt und herabgesetzt, weil er jede Möglichkeit ausschliessen wollte, dass die Leistungen an der Front einem anderen als ihm nur selbst angerechnet würden. Wörtlich Chruschtschow: "So interessierte Stalin sich sehr dafür, wie andere den Genossen Schukow als militärischen Führer einschätzten. Er wollte oft meine Meinung über Schukow wissen. Ich sagte ihm damals: "Ich kenne Schukow seit langen. Er ist ein guter General und ein guter militärischer Führer". Chruschtschow berichtete dann dem Kongress, wie Stalin nach dem Krieg begann, allen möglichen Unsinn über Schukow zu erzählen, unter anderem auch folgendes:

"Ihr habt Schukow gelobt, aber er verdient es nicht. Man erzählt sich, dass Schukow vor jeder Operation an der Front sich folgendermassen benahm: Er nahm eine handvoll Erde auf, roch daran und sagte: 'Wir können die Offensive beginnen', oder aber: 'Die geplante Operation kann nicht durchgeführt werden'. Ich sagte damals: "Gencsse Stalin, ich weiss nicht, wer das erfunden hat, aber es ist nicht wahr". Es ist möglich, dass Stalin selbst diese Dinge erfand, um die Rolle und das militärische Können von Marschall Schukow herabzusetzen".

Wie werden in vielleicht nicht allzuferner Zeit, wenn die Rivalitätskämpfe im Krenl eine neue Schau der Geschichte und ihrer agierenden Persönlichkeit erfordern, denn die jetzt gegen Schukow erhobenen Anklagen auf ihren Wahrheitsgehalt beurteilt werden? Wird man sich an das ebenso in stalinistischer Manier gehaltene Schuldbekennnis Schukows halten oder wird es noch genügend Zeugen geben, die bestätigen, es sei erzwungen worden!

Noch umgibt der Schleier des Rätselhaften die Geschehnisse hinter den Krenlmauern, tappt die Welt über die eigentlichen Beweggründe und Motive des Sturzes Schukows, in den viele so etwas wie einen zweiten Bonaparte erblicken, im Dunkeln. Lag das Schwergewicht der Entscheidung mehr auf innen- oder ausserpolitischem Gebiet, ist Chruschtschow durch die Ausschaltung seines gefährlichen Rivalen wirklich auf dem Wege, die Nachfolgerschaft Stalins endgültig anzutreten? Sicher scheint zu sein, dass am Vorabend des 40. Jahrestages der russischen Revolution die durch diese Revolution hochgetragenen Kräfte, Schichten und Strömungen um eine neue Machtverteilung ringen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. In ihm geht es, wie der Fall Schukow lehrt, um die Behauptung des Primats des Politischen, um den Vorrang der Partei als die eigentliche, die Sowjetgesellschaft gestaltende Kraft. Sie kennt keinen Kompromiss; besonders dann nicht, wenn sie sich bedroht fühlt.

+ + +

Pankow plant neue Abschneidungsmassnahmen

B.Z. Berlin

Berlin ist zur Zeit wieder einmal in den Mittelpunkt der Berichterstattung der westdeutschen Presse gerückt. Die Schikanen, die mehrmals in der Woche von der Ostberliner oder sowjetzonalen "Volkspolizei" z.B. gegen die Postverbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik gerichtet werden, aber auch andere Übergriffe wie z.B. die Festnahme von fünf westberliner Zollbeamten durch die Vopo am Brandenburger Tor, stehen in der Berichterstattung und Kommentierung im Vordergrund. Wesentlicher als dieser demonstrative Affront gegen den Westen scheinen jedoch Massnahmen zu sein, die von Pankow auf anderem Gebiet vorbereitet werden. Dabei ist es durchaus möglich, dass jene Schikanen im Zusammenhang mit solchen Plänen stehen; sei es auch nur, dass Pankow dadurch die Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit von anderen in Vorbereitung befindlichen Dingen ablenken möchte.

Ohne dass bisher konkrete Beweise oder zuverlässige Informationen darüber vorliegen, muss damit gerechnet werden, dass die Pankower Regierung die Spaltung Berlins in absehbarer Zeit weit effektiver machen wird, als sie bisher war. Soweit sich die Absichten in Ostberlin deutlicher erkennen lassen, plant man, den freien Zugang von Ostberlin nach Westberlin künftig unmöglich zu machen. Dabei scheint es nicht einmal so sehr um eine Repressalie gegen Westberlin zu gehen, sondern um Massnahmen, durch die künftig Ostberlin und die Zone von den Westsektoren der Stadt praktisch abgeschnürt werden sollen. Solche Massnahmen pflegen stets in der SED-Presse psychologisch vorbereitet zu werden. So ist es mehr als auffällig, dass seit einigen Tagen die Ostberliner Zeitungen in ihrer Lokalberichterstattung über die Vopo-Kontrollen an der Sektorengrenze - sei es auf der Stadt-, Untergrundbahn oder an den Strassenübergängen - immer wieder Beispiele herausgreifen, mit denen man ganz offensichtlich der Bevölkerung beweisen möchte, dass künftig eine Unterbindung des freien Zugangs nach Westberlin mehr als berechtigt ist. Da wird über Rentner berichtet, bei denen die Kontrollorgane angeblich hohe Ostmarkbeträge gefunden haben, die nach Westberlin gebracht werden sollten. Der Rentner wird anderen Tags von der Mutter mit dem Kinderwagen abgelöst, in dem ebenfalls grosse Ostmarkbeträge beiseite geschafft werden sollten. Man ist offenbar eifrig bemüht, den Eindruck zu erwecken, dass keineswegs nur die "gewerbsmässige"

gen Schieber" von Ost nach West, sondern auch der kleine Mann aus dem Volke an dem freien Zugang zu Westberlin verhindert werden muss.

Wenn bereits heute diese kommunistische Pressekampagne darauf hindeutet, dass man in vielleicht schon kurzer Zeit den normalen Übergang von Ost- nach Westberlin unmöglich machen will, so stützen andere Beobachtungen diese Vermutung. Seit einigen Tagen hat man in Ostberlin damit begonnen, auf den Grenzbahnköfen der Stadtbahn jene provisorischen hölzernen Bahnsteige wieder herzurichten, die 1953 nach dem Arbeiteraufstand errichtet worden waren, um hier die von Ost- nach Westberlin verkehrenden S-Bahnzüge vor Erreichen des regulären 1. Ostbahnhofes bis auf den letzten Mann kontrollieren zu können.

Auch an der Ostseite der vom Brandenburger Tor zum Potsdamer Platz verlaufenden Friedrich-Ebert-Strasse, die gleichzeitig Sektorengrenze ist, wurden seit Mitte der Woche Bauarbeiten durchgeführt, die ohne Zweifel dem Zweck dienen, durch unsichtbare Vopo-Posten künftig einen "wildem Wechsel" von Ost nach West unmöglich zu machen. An anderen Stellen der Sektorengrenze, die aussenhalb der normalen Strassen-Grenzübergänge liegen, dürften derartige Vorkehrungen nicht mehr lange auf sich warten lassen.

All diese vorbereitenden Massnahmen haben offenbar zum Ziel, künftig nur noch in Ausnahmefällen einen Personenverkehr von Ost- nach Westberlin zuzulassen. Die Abschnürung des kommunistischen Gebiets vom freien Westberlin soll auch in der Viermächtestadt Berlin perfekt werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, dass man mit solchen Massnahmen ganz offen gegen den Viermächtestatus verstösst.

Diese Abschnürungsmassnahmen müssen auch im grösseren politischen Zusammenhang gesehen werden. Die Unterbrechung des freien Verkehrs zwischen Ost- und Westberlin würde drei Fliegen mit einem Schlag treffen:

- 1.) Der durch den krassen Lebensmittel- und Warenmangel bedingte ständige Abfluss von Ostmark würde weitgehend gedrosselt werden;
- 2.) die im Hinblick auf das Arbeitskräftepotential bedrohliche Entwicklung des Flüchtlingsstroms nach Westberlin könnte mit einem Schlag gebremst werden;
- 3.) auf das für Ostberlin leidige Grenzgängerproblem könnte durch eine effektive Spaltung der Stadt eine Lösung in östlichem Sinne zugeführt werden, indem die 30 000 in Westberlin arbeitenden Bewohner Ostberlins künftig zur Arbeitsaufnahme im Ostsektor gezwungen werden.

Unerfüllte Wünsche

E.B. Welch ein Kontrast zu den Wahlreden! Mit dem Gemeinplatz von Förderungswürdigen, weil staaterhaltendem Mittelstand glaubte Adenauer in seiner Regierungserklärung über die Lage und die Zukunftsaussichten der Millionen von selbständig Arbeitenden in der Bundesrepublik hinweggehen zu können. Dabei hatte ihn u.a. der Zentralverband des deutschen Handwerks schon Mitte Oktober in einem Schreiben gerade vor solchen Unverbindlichkeiten gewarnt und ihm gesagt: "Es würde in den Kreisen des Handwerks zweifellos Enttäuschung hervorrufen, wenn die Regierungserklärung zwar auf anderen Gebieten, z.B. hinsichtlich der geplanten sozialpolitischen und agrarpolitischen Massnahmen, konkrete Hinweise enthielte, gegenüber dem Handwerk sich aber auf unverbindliche freundschaftliche Erklärungen beschränkte."

Die Handwerker hatten einen ganzen Katalog von Forderungen zusammengestellt. Mindestens vier von ihnen finden die volle Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei. Es sind dies:

1. "Reform der Kindergelagesetzgebung im Sinne der staatlichen Aufbringung und Verteilung der Kinderbeihilfen."
2. "Nachdem die bisherigen steuer- und kreditpolitischen Massnahmen der grossen Unternehmen eine sehr umfangreiche Kapitalbildung ermöglicht haben, sollten jetzt steuerliche Massnahmen getroffen werden, die besonders auch den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden die Bildung von Eigenkapital und damit die technische Modernisierung ihrer Betriebe erleichtern."
3. "Die dringend notwendige Steuervereinfachung darf keinesfalls zu einer praktischen Schlechterstellung der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden führen."
4. "Die Nachteile, unter denen die Betriebe des gewerblichen Mittelstandes in der Kreditversorgung leiden, sind bekannt. Sie müssen im gesamtwirtschaftlichen Interesse nachdrücklich behoben werden."

Die Handwerker werden sehen, dass sich die sozialdemokratische Bundestagsfraktion für die Verwirklichung dieser Forderungen einsetzt, so wie sie für die übrigen selbständigen Mittelschichten alles tun wird, was dazu beiträgt, die Existenz dieser Schichten zu sichern - und die für die acht Jahre Adenauer-Regierung typische Entwicklung zu stoppen, in der jeder achte Handwerksbetrieb vom Grosskapital aufgesogen wurde.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel